

Geschäftsstelle der UOKG

Pressemitteilung

Berlin, 28. Mai 2009

Forderung nach Erhöhung der Kapitalentschädigung für politische Häftlinge der SBZ/DDR

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. wandte sich heute in einem Schreiben an Justizministerin Zypries und begrüßte die Verabschiedung des Gesetzes über eine Erhöhung der Entschädigung für unschuldig Inhaftierte.

Gleichzeitig brachte die UOKG ihre Erwartung zum Ausdruck, dass dem nun auch eine Erhöhung der Kapitalentschädigung für die Opfer politischer Verfolgung aus der SBZ / DDR folgen müsse. Viele von ihnen haben Jahre und Jahrzehnte unschuldig hinter Gittern verbracht unter Verhältnissen, die mit dem modernen Strafvollzug nicht zu vergleichen sind.

Schon aus moralischen Gründen ist es unsere Gesellschaft denen schuldig, die um der Werte von Freiheit und Demokratie willen inhaftiert waren, sie mit den heute zu Entschädigenden gleichzustellen. Dies ist umso dringender erforderlich, da der größte Teil der Betroffenen auch noch heute in gesundheitlicher und materieller Hinsicht unter den Spätfolgen der Haft leidet.

gez. Rainer Wagner
UOKG-Bundesvorsitzender